

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Einsamkeit bei LSBTI-Menschen – Ursachen und Auswirkungen wirkungsvoll entgegenzutreten!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die im Koalitionsvertrag formulierten Selbstverpflichtungen ernst zu nehmen, die ehrenamtlichen Initiativen und Verbände der Selbstorganisation (bspw. AHA-Berlin e.V., LSVD, RuT e.V., Schwulenberatung, Silbernetz e.V. usw.) als Beratungsschutz und Begegnungsinfrastruktur auch in der Corona-Pandemie zu stärken und so der Einsamkeit und sozialen Isolation von LSBTI-Menschen im Land Berlin entgegenzuwirken.

Dazu sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Angebote innerhalb der LSBTI-Community, die auf die soziale Einbindung gerichtet sind und Einsamkeit vorbeugen (bspw. Beratungsangebote, Angebote für Freizeitaktivitäten, queere Treffpunkte, kulturelle Programme und Sportvereine als „safe spaces“) sollen auf Bezirks- und Landesebene stärker gefördert werden.
2. Bestehende Initiativen und Projekte, die auf breiter Basis Gesundheitskompetenz in Zusammenhang mit Einsamkeit in allen Altersgruppen vermitteln, werden um das Erkennen und den Umgang von Einsamkeit bei LSBTI-Menschen sowie der Entstigmatisierung der damit verbundenen psychischen Erkrankungen erweitert und sowohl digital als auch analog ausgerichtet. Bei Bedarf wird geprüft, ob neue Vermittlungsangebote geschaffen werden müssen.
3. Bestehende Beratungsangebote für LSBTI-Menschen, insbesondere für Transmenschen und für Seniorinnen und Senioren, die auf die Bewältigung von Diskriminierung, Depressionen und Angststörungen ausgerichtet sind, werden geprüft und um den Umgang der damit verbundenen Einsamkeit erweitert. Es wird in diesem Zusammenhang geprüft, ob neue Beratungsangebote geschaffen werden müssen.

4. Forschungsprojekte im Bereich der Einsamkeits- und Glücksforschung, die sich mit der Evaluierung und Bewältigung der Einsamkeit von LSBTI-Menschen auseinandersetzen, sollen in den Bildungseinrichtungen im Land Berlin gefördert werden. In diesem Zusammenhang ist die stärkere interdisziplinäre Kooperation mit Bildungsinstitutionen und -netzwerken anderer Länder und Staaten zu berücksichtigen.
5. Antidiskriminierende Initiativen, die zur gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTI beitragen und somit Einsamkeit vorbeugen (bspw. Trainings, Workshops und Wissensportale und Aufklärungskampagnen) sollen verstärkt in Bildungseinrichtungen, öffentlicher Verwaltung und Unternehmen angeboten werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2022 zu berichten.

Begründung

Einsamkeit und soziale Isolation sind erst recht in der Corona-Pandemie eine immer größer werdende psychische, psychosoziale und gesundheitliche Belastung für Menschen in allen Altersgruppen. Nach Peplau und Perlmann ist Einsamkeit ein subjektiv als unangenehm empfundener Zustand, der sich auf unerfüllte Beziehungen zurückführen lässt (vgl. Peplau & Perlman; 1982). Viele Menschen sind von diesem als unangenehmen Zustand der Einsamkeit betroffen. So leiden in der „Single-Hauptstadt“ oftmals alleinstehende Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung und Frauen unter Einsamkeit und sozialer Isolation sowie ihren Folgen. In diesem Zusammenhang ergab eine im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführte Studie, dass die Einsamkeit im Zuge der Corona-Pandemie in Deutschland schon 2020 im Vergleich zu den Vorjahren über alle Bevölkerungsgruppen hinweg, insbesondere bei Frauen und auch jüngeren Personen, deutlich angestiegen ist (vgl. Goebel, Jan et al.; 2020).

Insbesondere Lesben, Schwule, Bi-, transgeschlechtliche und intersexuelle Menschen (LSBTI) sind von Einsamkeit betroffen. In zahlreichen Lebensbereichen müssen sie Diskriminierungen, Anfeindungen und Gewalt erdulden. Die ständige Erwartung von Diskriminierung und dadurch ausgelöste Alarmbereitschaft belasten sie psychisch stärker als andere Bevölkerungsgruppen.

Die unmittelbaren Folgen dieser kontinuierlichen Belastung sind zunehmend psychische Erkrankungen wie Depressionen und Angststörungen. Dies bestätigt die SOEP-Studie des DIW zur Gesundheit von LSBTI-Menschen. Sie hat ergeben, dass LSBTI im Vergleich zur restlichen Bevölkerung in Deutschland fast dreimal häufiger von Depressionen und Burnout betroffen sind. Auch die Rate gesundheitlicher Beschwerden (wie bspw. Herzkrankheiten, Asthma und chronische Rückenschmerzen) ist wesentlich höher.

LSBTI fühlen sich mit einem Anteil von 15% doppelt so oft einsam wie die restliche Bevölkerung. Bei transgeschlechtlichen Menschen liegt der Anteil laut der Studie sogar bei 31%. Durch die Einsamkeit sind die benannten gesundheitlichen Auswirkungen noch stärker präsent. Diese Werte wurden nach Angaben der Studie schon vor der Corona-Pandemie erhoben. Eine Verschlimmerung wird u. a. mit Verweis auf die Studie von Goebel et al. (s.o.) angenommen (vgl. Kasproski, David et al.; 2021). Eine Studie der Brigham Young University von 2015 verdeutlicht ferner einen starken Zusammenhang zwischen sozialer Isolation bzw. Einsamkeit und Mortalität. Ihr Ausmaß ist mit den Auswirkungen von Adipositas und Nikotinkonsum vergleichbar (vgl. Holt-Lunstad, Julianne; 2015).

Diese Befunde drängen zu zeitnahen Maßnahmen, die Auswirkungen von Einsamkeit bei LSBTI einzugrenzen. Als erstes müssen die Angebote erweitert werden, die die Betroffenen in soziale Gemeinschaften und Tätigkeiten einbinden. Darüber hinaus bedarf es einer stärkeren Aufklärung und Vermittlung der gesundheitlichen und psychischen Auswirkungen von Einsamkeit sowie einer Sensibilisierung der Beratungsangebote, um den betroffenen Menschen Umgang und Auswege aus der empfundenen Einsamkeit anzubieten. Für eine Handlungsoptimierung braucht das Land Berlin regelmäßig auf die hier lebenden Menschen zugeschnittene Daten. Dadurch ist die Unterstützung diesbezüglicher Forschungsprojekte unerlässlich. Da Diskriminierungen, Anfeindungen und Gewalt die Betroffenen stärker psychisch belasten und dadurch die empfundene Einsamkeit erhöhen, sind Initiativen, die diese Ursache bekämpfen, bei einer Entgegenwirkung der Einsamkeit von hoher Bedeutung.

Die neugewählte Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode (2021-2026) in dem Kapitel „Queeres Leben“ Selbstverpflichtungen auferlegt, die der Einsamkeit entgegenwirken können. Um den Auswirkungen der Einsamkeit, die besonders im Zuge der Corona-Pandemie verstärkt wurden, wirksam entgegenzutreten, ist es essentiell, dass der Senat die Problematik nicht auf die kommenden Jahre verschiebt, sondern zeitnah handelt.

Berlin, den 10. Dezember 2021

Czaja
und die weiteren Mitglieder
der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin